

Roderich Kiesewetter

- (A) ben uns seit Jahresbeginn im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union wie auch im Auswärtigen Ausschuss intensiv damit auseinandergesetzt. Am 26. April gab es die Ratseinigung. Unsere heutige Befassung ist auch darin begründet, dass man das Ziel hat, nächste Woche die politische Einigung im Europaparlament herzustellen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Staatsminister Hoyer, der beiden Ausschüssen stets umfassend Rede und Antwort stand, sehr herzlich für die immer zeitnahen Informationen danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. h. c. Gernot Erler [SPD] – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das war gestern aber ein bisschen suboptimal! – Zuruf des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Auch Herr Sarrazin hat viele Fragen gestellt, und Herr Staatsminister Hoyer hat immer intensiv Antwort gegeben.

Es sind noch drei wesentliche Rechtsakte zu verhandeln: das Personalstatut, die Haushaltsordnung und der Haushalt des EAD. Die Einigung soll, wenn möglich, noch unter spanischer Präsidentschaft erfolgen.

- (B) Worum geht es eigentlich? Warum haben wir unseren Antrag gestellt? Was sind unsere Kernforderungen? Wir möchten natürlich, dass das Europäische Parlament intensiv beteiligt wird. Wir brauchen die parlamentarische Kontrolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes, nicht nur in Haushaltsfragen, aber insbesondere dort. Angeht die Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen – ich nenne einige: Klimaschutz, Energiepolitik, Nichtverbreitung, Menschenrechte, Terrorismus, organisierte Kriminalität, entwicklungspolitische Fragen –, brauchen wir einen klaren Dialog über die außenpolitischen Prioritäten. Deshalb fordern wir dies auch ausdrücklich in unserem Antrag. Die neuen großen Herausforderungen müssen in eine Priorisierung gebracht werden.

Des Weiteren geht es uns – das unterscheidet unseren Antrag sehr deutlich vom Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – um die institutionelle Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir dürfen nicht neue bürokratische Strukturen schaffen, eine extra Generaldirektion, sondern wir müssen schauen, dass wir einen schlanken europäischen Dienst schaffen. Es gilt der Primat der Politik. Gerade bei den sicherheitspolitischen Fragen, die das Militär betreffen, gilt der Bundestagsvorbehalt. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir nicht nur in Deutschland einen ganzheitlich vernetzten Sicherheitsbegriff fordern, sondern einen solchen auch praktizieren, wenn wir die Chance dazu haben. Das tun wir, indem wir Krisenprävention und frühzeitige Krisenerkennung im Europäischen Auswärtigen Dienst ermöglichen sowie zivile und militärische Fähigkeiten zusammenbinden. Wer anders als die Zivilmacht der EU kann das leisten? Ich glaube, das ist ein ganz besonderer Fortschritt. Ich weiß noch, wie vor zehn Jahren die ersten Soldaten im EU-Militärstab wie weiße Raben betrachtet wurden. Heute sind sie – ich möchte nicht sagen:

unter kontrollierter Aufsicht – in die entsprechenden (C) Strukturen sehr eng eingebunden.

Uns geht es darum, dass es nicht zu Duplizierungen von Fähigkeiten kommt. Was meine ich damit? Es geht uns darum, dass wir die Expertise der bilateralen Zusammenarbeit mit den Drittstaaten zusammenfassen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Länderreferate, die Themen- und Länderorientierung zusammenbringen. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend. Des Weiteren fordern wir, dass die Vertretungen der Europäischen Union in Drittstaaten – sprich: mit längerfristigem Blick die konsularischen Vertretungen, aber auch die Delegationen selbst – Teil des EAD werden.

Wir brauchen eine starke Führung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Sie erfolgt dadurch, dass die Hohe Vertreterin nicht nur Weisungsrecht haben soll, sondern auch bei der Personalauswahl die entscheidende Hürde darstellen soll. Wir wissen: Die Hohe Vertreterin hat drei Hüte auf. Sie ist Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, Vizepräsidentin der Kommission und die Telefonnummer, die Kissinger immer gefordert hat: der europäische Außenminister.

Hierbei brauchen wir eine politische Vertretung. Diese politische Vertretung, die nicht nur das Europäische Parlament fordert, muss erst einmal implementiert werden. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir diese Einrichtungen dann nicht als gegeben hinnehmen, sondern unsere Forderung, die wir im Antrag auch deutlich machen, lautet, dass der Europäische Auswärtige Dienst in seinen Managementstrukturen, aber auch in der Frage der politischen Vertretung durch die Hohe Vertreterin zeitnah überprüft wird; Zwischenbericht im Jahr 2011. Im Jahr 2013 möchten wir einen Sachstandsbericht haben und, wenn es sein muss, die notwendigen Anpassungen in den entsprechenden Verwaltungsstrukturen. (D)

(Beifall des Abg. Oliver Luksic [FDP])

Das führt die außenpolitischen Fähigkeiten der Europäischen Union zusammen. Es geht uns um vernetzte Sicherheitspolitik. Es geht uns um vernünftige Personalpolitik. Ein Drittel der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes kommt aus den Mitgliedstaaten. Wir wollen, dass hier ein Teamgeist herrscht – die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drückt das mit „Esprit de Corps“ sehr vornehm aus –, der zusammenschweißt und europäische Außenpolitik mit den Mitgliedstaaten ganz eng vernetzt. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Das ist eine ganz wesentliche Leistung in diesem Zusammenhang.

Natürlich geht es auch darum, die Entwicklungszusammenarbeit zu vernetzen, die in etwas anderen Strukturen stattfindet.

Ein letzter Punkt, der uns wichtig ist: Es geht um Deutsch als Amtssprache. Wir haben seit langer Zeit erstmals wieder eine solche klare Forderung in einem Antrag. Es geht darum, dass im Europäischen Auswärtigen Dienst Deutsch als Amts- und Arbeitssprache in den Entscheidungsvorlagen, aber auch in der Binnen- und Außenkommunikation besonders gefördert werden soll.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Roderich Kiesewetter

- (A) Ich fasse zusammen: Wir möchten einen schlanken, leistungsfähigen Europäischen Auswärtigen Dienst. Wir möchten keine zusätzlichen Organisationsstrukturen wie ein Generaldirektorat, sondern ganzheitliche, vernetzte Zusammenarbeit. Diese Strukturen möchten wir erproben und zeitnah bewerten, um sie dann möglicherweise anzupassen. Und wir brauchen Synergien, damit das erkennbar wird, was mit der europäischen Telefonnummer für die Außenwirkung unserer großen Gemeinschaft mit über 500 Millionen Einwohnern wirksam wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb um Unterstützung für den Antrag der Regierungskoalition.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat jetzt Kollege Axel Schäfer von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

- Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist in einer Gemeinschaft, wie sie die EU darstellt, etwas ganz Besonderes. Es ist das „Spezifische sui generis“. Das ist mehr als ein Wortspiel, sondern es ist aus meiner Sicht deshalb etwas Besonderes, weil wir mit den vergemeinschafteten zentralen Politikbereichen wie Wettbewerb, Handel, Zölle und vor allen Dingen mit der Währung – dem Euro – das große europäische Projekt des 21. Jahrhunderts haben. An ihm wird sich die Handlungsfähigkeit bzw. das gemeinsame Europa zeigen – oder eben auch nicht.

In Bezug auf den Europäischen Auswärtigen Dienst wird die Frage sein, ob dieser Wille vorhanden ist oder ob man – statt eine Institution zu schaffen, die im Dienste aller, nämlich des Rates, der Kommission und des Europäischen Parlamentes, stehen muss – zu einer Ausrichtung kommt, die zu sehr auf den Rat zugeschnitten ist.

Ich bin froh, dass die SPD-Fraktion als Erste dies thematisiert hat. Wir haben bereits vor mehreren Monaten eine Kleine Anfrage mit insgesamt 38 Fragen gestellt. Es ist gut, dass sich jetzt auch andere Fraktionen dazu positioniert haben. Dass CDU/CSU und FDP besonders spät Stellung bezogen haben, ist ihre Sache.

Was die konkrete Ausgestaltung anbelangt: Wir müssen uns insbesondere auf die folgenden Punkte beschränken. Erstens brauchen wir einen politischen Gestaltungswillen vonseiten dieses Europäischen Auswärtigen Dienstes. Das würde bedeuten, dass wir in einer globalisierten Welt handlungsfähig werden.

Wir brauchen zweitens eine strategische Ausrichtung, wie wir in Europa mit diesem Instrument die Außenpolitik gestalten.

Drittens brauchen wir Personal, das den Zielen der Europäischen Union loyal gegenübersteht. (C)

Viertens ist dafür notwendig, dass wir eine entsprechende Grundlage für die Rekrutierung von Beschäftigten – auf der Basis von Leistung und Qualifikation – schaffen.

Fünftens. Gleichzeitig werden wir ein hohes Maß an Flexibilität bekommen. Wir brauchen das – mit gemeinsamen Ausbildungsmaßnahmen – auch zur Weiterentwicklung.

Sechstens muss es ein vernünftiges Rotationsverfahren des Personals zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst, den nationalen Dienststellen sowie anderen europäischen Institutionen geben. Dies wird, glaube ich, zu einer Stärkung beitragen.

Natürlich gehört auch dazu, dass der Deutsche Bundestag laufend – und zwar intensiver als bisher – über die weitere Entwicklung des Europäischen Auswärtigen Dienstes informiert wird und dass wir dabei auch zu einer politischen Willensbildung kommen.

Es wird wichtig sein, dass wir im Zusammenwirken von Europäischem Parlament und den nationalen Parlamenten – so wie das auch angelegt worden ist – zu Ergebnissen kommen, die darauf hinauslaufen, dass die Rechte des Europäischen Parlaments in den jetzt anstehenden drei Entscheidungen voll zur Geltung kommen. Das heißt, es muss deutlich sein, dass die Kompromisse, die zustande kommen werden, die Rechte des Europäischen Parlaments wahren. Nur so kann dies meiner Ansicht nach gelingen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Gelingen setzt voraus, dass wir von einem Punkt Abschied nehmen. Ich hoffe, es gibt hier in diesem Haus genügend überzeugte europäische Föderalisten, die das im Kopf, aber auch im Herzen tragen. Wir müssen ein Stück weit davon Abschied nehmen, dass die klassische Außenpolitik etwas ist, was letztendlich als etwas sehr Wichtiges noch beim Nationalstaat verbleiben muss, mit allen Instrumenten, Symbolen und Personen. Vielmehr sollte man wissen, dass dieses Gemeinsame in Europa zum Ausdruck kommt; das heißt, das Ganze ist da mehr als die Summe seiner Teile.

Das erfordert sowohl ein Stückchen Mut als auch die Bereitschaft, an einigen Stellen auch in politischer Hinsicht das Herz über die Hürde zu werfen. Ich glaube, das ist bei allen Außenministern der Fall, völlig unabhängig von ihrer parteipolitischen Ausrichtung, weil wir wissen, welche zentrale Rolle Außenpolitik spielt.

An dieser Stelle muss man darauf hinweisen, weil uns hier in diesem Hause vieles verbindet, uns aber an einigen Punkten manches auch trennt: Dazu gehört, dass wir solche Debatten wie heute mit Blick auf die geneigten Zuhörer zu einem solchen Zeitpunkt wie jetzt, 22.50 Uhr, nicht führen sollten.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Die eingeknickten Zuhörer! – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben alle einen

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Computer zu Hause! Bochum sitzt geschlossen am Computer!

– Ach, die Zuhörer. Wir sind ja die Beteiligten. Wir hören zwar auch zu, aber wir sind hier keine Zuhörer. Wir sind die beteiligten Abgeordneten.

Das Folgende sage ich ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linkspartei: Der Europaausschuss

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Jetzt sind sie wieder munter!)

hat, beginnend in der letzten Legislaturperiode, eine bestimmte Stilprägung vorgenommen, indem er Wert darauf legte, sich bei wichtigen Fragen zu verständigen – gerade solchen, bei denen es um institutionelle Dinge, aber auch um Verfahren und das Miteinander hier geht –, ohne dass man inhaltlich alles glattbügelt. Wir haben es als Einzige geschafft, mit fünf Fraktionen eine interinstitutionelle Vereinbarung hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesregierung hinzubekommen, die sogar stilbildend für andere Länder ist. Dies ist auch in unseren Begleitgesetzen niedergelegt.

Wir haben es als Erste geschafft, Folgendes zu vereinbaren: Wenn es um die Kommission geht, machen wir etwas ganz anderes, indem wir den designierten Kommissar einladen, damit er angehört wird. Das war ein Antrag der SPD, der aber auch von CDU/CSU, FDP, Grünen und von der Linkspartei unterstützt wurde. Hierzu sage ich noch einmal ausdrücklich Dank an die Beteiligten und auch an Günther Oettinger.

- (B) Wir haben es einvernehmlich geschafft, dass wir in der Regel öffentlich tagen; das ist ein sehr großer Fortschritt. Es ist mir nicht erklärlich, dass wir heute Abend eine Debatte zu diesem wichtigen Punkt um diese Zeit führen müssen, zumal noch andere Debatten anstehen, bei denen wir das in diesem Rahmen machen; das kann man auch in der Öffentlichkeit überhaupt nicht transportieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich appelliere wirklich an Sie, dass wir uns auch aufgrund unseres Selbstverständnisses und unseres europäischen Engagements in Zukunft darauf verständigen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

dies so zu platzieren, dass alle ihr Recht haben und mit ihren differenzierten Meinungen hier zur Geltung kommen, aber bitte füglich nicht mehr um 22.52 Uhr.

(Christoph Strässer [SPD]: Lob doch mal diejenigen, die da sind!)

– Jetzt lobe ich die, die da sind. Vielen Dank noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt auch andere wichtige Dinge. Wir haben nämlich – das war der Hauptkritikpunkt; entschuldigt, es ist wirklich schon spät – heute die in dieser Legislaturperiode einzige Sitzung mit dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments. Die Teil-

nehmer daran sind jetzt seit 20 Uhr zusammen. (C) Eigentlich sollten wir bis 23 Uhr ebenfalls anwesend sein, weil es dort Debatten mit Verfassungsrichtern, mit Ministern usw. gibt. Dies war jetzt nicht kontinuierlich möglich, weil auf dieser Debattenzeit beharrt wurde. Es war meines Erachtens von der Sache her nicht richtig, dass man dies so auseinanderreißt und die Möglichkeit des Gesprächs mit den Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments nicht so nutzt, wie es gut gewesen wäre. Das sei an dieser Stelle auch gesagt. – Jetzt ist meine Redezeit zu Ende; jetzt gibt es auch keine Zwischenfragen mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Oliver Luksic von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Oliver Luksic (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir der Bundesregierung den Rücken stärken, im Rat darauf hinzuwirken, dass der EAD ein leistungsfähiges Instrument wird. Es ist wichtig, dass der Bundestag ein Signal nach Brüssel sendet, um die Chance zu nutzen, den EAD offensiv mitzugestalten.

Der EAD soll dazu beitragen, dass die EU ihre außenpolitischen Interessen möglichst geschlossen, kohärent und wirkungsvoll vertreten kann. Damit wird ein neues Kapitel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aufgeschlagen werden. Es handelt sich bei der Einrichtung des EAD um einen wichtigen Meilenstein der europäischen Integration. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der EAD muss unserer Überzeugung nach eine starke und eigenständige Institution sui generis sein. Die EU wird im 21. Jahrhundert – das wurde eben zu Recht gesagt – außenpolitisch nur gehört werden können, wenn sie mit einer Stimme spricht. Hierzu muss dem EAD und der Hohen Vertreterin notwendigerweise eine starke Rolle zukommen. Daher begrüßen wir ausdrücklich die in diesem Zusammenhang getroffene Entscheidung für die politische Vertretung der Hohen Vertreterin, die wir für wichtig erachten.

Bei der Einrichtung des EAD betreten wir Neuland. Deswegen wird es in Zukunft notwendig sein – das sagen wir auch in unserem Antrag –, seinen Aufbau und seine Struktur auf Effektivität zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu justieren und anzupassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir wollen einen schlagkräftigen, effizienten EAD. Deswegen legen wir in unserem Antrag ein besonderes Augenmerk auf seinen Aufbau und die Leitungsstruktur. Schwierig wird es insbesondere dann, wenn es zu Über-

Oliver Luksic

- (A) schneidungen mit den Zuständigkeiten der Europäischen Kommission kommt. Hier muss ein einheitliches Auftreten gesichert sein. Ich glaube, dass hier gute Lösungen gefunden werden. Das gilt etwa für die Frage der Delegationen der Europäischen Union, die grundsätzlich integraler Teil des EAD werden sollen. Dabei müssen geeignete Lösungen für die spezifischen Belange derjenigen Politikbereiche gefunden werden, für die die Kommission originär zuständig ist, etwa Handel und Erweiterung.

Ich meine, die Hohe Vertreterin sollte in jedem Fall die zentrale Rolle bei Weisungen an die Delegationen spielen. Auch bei der Benennung der Delegationsleiter soll die Hohe Vertreterin in Abstimmung mit der Kommission eine wichtige Rolle spielen.

Von besonderer Bedeutung ist es, dass mit der Einrichtung des EAD mittel- und langfristig ein Synergieeffekt erreicht wird. Deswegen gilt es, wo immer möglich, Doppelstrukturen in den Institutionen des EAD, des Rats und der Kommission zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deren wirksame Zusammenarbeit sollte unserer Meinung nach in Form einer institutionalisierten politischen Koordinierung sichergestellt werden, beispielsweise indem in einem Gremium die Hohe Vertreterin, die Leitungsebene des EAD und die entsprechenden EU-Kommissare zusammenkommen. Denn klar ist: Der EAD muss das institutionelle Herzstück der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden. Deswegen ist es wichtig, dass sowohl die Arbeitsstrukturen im Rahmen des Krisenmanagements und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch die Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit in den EAD eingebunden werden. Hierdurch kommt es nicht zu einer Abkopplung bzw. Verselbstständigung, was einige Kollegen der Linken immer kritisieren. Im Gegenteil: Indem wir die zweite Säule in den EAD integrieren, haben wir mehr demokratische Kontrolle in diesen Bereichen.

(B)

Wichtig ist, dass der EAD die Zuständigkeit für die strategische Programmierung der einschlägigen Finanzinstrumente erhält und die Hohe Vertreterin eine entscheidende Rolle bei der Programmierung und Umsetzung des Haushalts der GASP und der kurzfristigen Aspekte der Stabilitätsinstrumente einnimmt.

Die Synergieeffekte sollten meiner Meinung nach mittel- und langfristig nicht nur auf die übrigen EU-Institutionen begrenzt bleiben, sondern auch die nationalen auswärtigen Dienste umfassen. Dafür haben wir uns in unserem Antrag explizit ausgesprochen. Es ist ein wichtiger Punkt, dass langfristig durch die Einrichtung der Delegationen der Europäischen Union auch eine Ausübung konsularischer Tätigkeiten angestrebt werden soll. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Impuls.

Lassen Sie mich abschließend einige Worte zur Finanzierung des EAD sagen. Wir meinen, die Finanzierung des EAD muss von Anfang an auf soliden Füßen stehen. Im Antrag ist vorgesehen, dass die Hohe Vertreterin und die Kommission vor Annahme des Beschlusses zur Einrichtung des EAD einen Vorschlag für das Bud-

get vorlegen sollen. Die Schaffung des EAD sollte dem Grundsatz der Kosteneffizienz genügen. Haushaltsneutralität ist das Ziel, um eine Mehrbelastung für die nationalen Haushalte zu vermeiden. Vor allem muss der Haushalt des EAD vollumfänglich der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen. (C)

Wir senden mit unserem Antrag ein Signal aus. Wir stärken der Regierung den Rücken. Es ist wichtig – dies wurde eben zu Recht gesagt –, dass der Initiative des Außenministers, der deutschen Sprache eine angemessene Bedeutung im EAD zukommen zu lassen, Rechnung getragen wird.

Für uns ist klar, dass am Ende dieser Verhandlungen der EAD nicht nur Gestalt angenommen haben soll, sondern die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU darüber hinaus ein Gesicht bekommt, das der Bedeutung der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ich glaube, dass der Bundestag mit der Verabschiedung unseres Antrages dazu ein kleines Stück beitragen kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Diether Dehm von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Axel Schäfer, die Koalition hat diesen Tagesordnungspunkt aufgesetzt. Uns ist Europa zu wichtig, als dass wir eine Rede hierzu zu Protokoll geben. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Reden zu Militärfragen gehören im Übrigen nicht zu Protokoll gegeben. Die Parlamentarier werden gut genug bezahlt, auch noch um diese Uhrzeit die Regierung zu kontrollieren.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, bezeichnend für Ihr Demokratieverständnis in militärischen Fragen ist, dass die Konsultationen mit dem Europäischen Parlament erst nach der politischen Weichenstellung im zuständigen Rat stattfinden werden und dass auch den nationalen Parlamenten wichtige Dokumente fehlen wie das von Baroness Ashton überarbeitete Organigramm zur personellen Ausgestaltung des EAD. Den Vorschlag der Kommission zur Personalausstattung haben wir ebenso wenig wie den Haushaltsentwurf der Kommission, der kommt erst am 15. Juni.

Ist der Antrag der Koalition Ihr Beitrag zu § 9 Abs. 1 des Zusammenarbeitsgesetzes? Wo ist die Aufforderung zur Stellungnahme mit angemessener Zeitvorgabe? Meinen Sie, dass militärische Einigungen im Rat keiner vorherigen Stellungnahme des Bundestages unterliegen? Wenn die Koalition überfallartig einen solchen Antrag stellt, den wir erst gestern Nachmittag auf dem Rechner

Dr. Diether Dehm

- (A) hatten, ist das ein Versuch, das Zusammenarbeitsgesetz und das Bundesverfassungsgericht ins Leere laufen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gestrige Unterrichtung durch Staatsminister Hoyer im Europaausschuss war – ich sage das vorsichtig; ich habe es im Europaausschuss etwas deutlicher gesagt – substanzarm. Auf meine schlichte Frage an Sie, Herr Hoyer, wie viele Beschäftigte der EAD hat, kam undurchsichtiger Zahlennebel. Zu der Frage, was es den Steuerzahler kosten wird, gab es eine komplette Fehlansage. Wie sollen das deutsche und das Europäische Parlament unter diesen Voraussetzungen angemessen reagieren?

Im Schweinsgalopp will der Europäische Rat, assistiert von Kommission, High-Level-Group, Planungs- und Arbeitsgruppe der Hohen Vertreterin und Bundesregierung, bereits am kommenden Montag im Rat die politische Einigung durchpeitschen. Die EU ist bisher ohne EAD ausgekommen. Warum dann jetzt diese Hast?

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung werden bei Ihnen zum Wurmfortsatz degradiert. Unter dem verschleiernenden Begriff der „vernetzten Sicherheit“ wird die Entwicklungszusammenarbeit der Militärlogik einverleibt. Zivile Konfliktlösung braucht viel Geduld, Mittel und Menschenliebe.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Aber dann stolzierten in der Geschichte immer Militärs heran und riefen: Wir lösen euch das ruckzuck! – Entwicklungshilfe für arme Menschen der Militärpolitik starker Rüstungskonzerne unterzuordnen, zeigt, wer bei Ihnen den Kürzeren ziehen soll.

Mit dem EAD in seiner Konzeption als „Institution sui generis“ entsteht ein Apparat, dessen Ausrichtung sich jeder echten parlamentarischen Kontrolle entzieht. Die Haushaltskontrolle ersetzt das eben nicht, Kollege Luksic, und die Anhörungsrechte des Europäischen Parlamentes sind ohnehin unterbelichtet. In der EU versuchen Sie zu vermischen, was Sie hierzulande aus gutem Grund nicht dürfen, was hier streng getrennt ist: Außenministerium, Verteidigungsministerium und Geheimdienste mit der Entwicklungshilfe.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt übertreiben Sie!)

Schon bei Georg Orwell wurde das Kriegsministerium Friedensministerium getauft. Lassen wir die unverbindliche Friedenslyrik in Ihrem Antrag durchs Netz laufen: Hängen bleiben die harten Fakten. Das fängt bei dem Titel an: „Einen ... schlagkräftigen Europäischen Auswärtigen Dienst schaffen“. Schlagkräftig, das klingt nun wirklich sehr nach einem Kriegsministerium, aber natürlich „sui generis“.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der FDP: So ein Quatsch!)

Das alles geht bei Ihnen hopplahopp, damit das die Öffentlichkeit und das Bundesverfassungsgericht nicht merken. Aber die Umfragemehrheiten gegen Ihre Kriegseinsätze wachsen weiter. Die Völker in dieser EU sind eben friedlicher als ihre Regierungen, und denen ist der Antrag der Linken verpflichtet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Manuel Sarrazin vom Bündnis 90/Die Grünen.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen wünschen uns einen modernen, in seinem Selbstverständnis europäischen und effizienten Auswärtigen Dienst.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er kann auch schlagkräftig sein!)

Es geht dabei nicht um klassische, nationalstaatlich geprägte Außenpolitik, sondern darum, Antworten auf die Probleme zu geben, die unsere Welt am meisten betreffen: Klimawandel, Armutsbekämpfung, Umgang mit fragiler Staatlichkeit, Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. All diese Sachen kann kein Staat mehr im Alleingang lösen. Deswegen muss der EAD dem effektiven Multilateralismus gewidmet sein. Er muss eindeutig widerspiegeln, dass die EU eine Zivilmacht ist; die Priorität muss auf dem Zivilen liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gut ist, dass das Europäische Parlament bei der Frage der parlamentarischen Kontrolle und der Rechenschaftspflicht des EAD gegenüber dem Parlament seine Position deutlich und entschieden vertreten hat. Deswegen musste dem Parlament entgegengekommen werden. Nun wird das Europäische Parlament bei der Ausarbeitung von Strategien und Mandaten im Bereich der GASP eine Rolle spielen. Auch im Bereich der organisatorischen Eingliederung der Krisenmanagementstrukturen im EAD gibt es zumindest nach dem, was uns bisher nur informell vorliegt, Herr Hoyer, Verbesserungen. Eine Sonderstellung dieser Strukturen ohne jegliche Anbindung an alle anderen für diesen Bereich relevanten Strukturen hätten wir nicht akzeptieren können.

Herr Dehm, Sie sprechen sich letztlich dafür aus, dass die Geheimdienst- und Militärstrukturen in keiner Weise, in keiner Form in den EAD integriert werden. Dies würde dazu führen, dass diese Strukturen total freischwebend, außerhalb jeglicher vernünftigen parlamentarischen Kontrolle durch das EP oder die nationalen Parlamente agieren könnten. Insofern fordern Sie nicht das, was Ihre Worte suggerieren, und das ist ein Fehler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir finden, dass Krisenmanagement nicht allein auf militärische Strukturen reduziert werden darf. Vielmehr

Manuel Sarrazin

- (A) muss der gesamte Konfliktzyklus zusammen betrachtet werden, von der Konfliktprävention über die Bewältigung bis zur Nachsorge, und zwar unter dem Primat des Zivilen. Der Wiederaufbau und die Mediation müssen im EAD eine Rolle spielen. Deswegen haben wir immer eine Generaldirektion für „Peacebuilding and Civilian Crisis Management“ gefordert. Wenn Sie Ihre Forderung ernst meinen und die militärischen Strukturen außerhalb des zivilen Krisenmanagements – nicht unter der Vorherrschaft des Zivilen – installieren wollen, dann werden Sie Ihren Worten, dass Sie keinen freischwebenden Militarismus in der EU wollen, nicht gerecht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sie reden gerade für die Regierung, ja?)

Wir sehen keine Anzeichen für eine Militarisierung im EAD, wenn sich das Organigramm, so wie es sich derzeit darstellt, durchsetzt, obwohl wir mehr fordern würden.

Wir wollen auch nicht, dass die Entwicklungspolitik einfach außenpolitischen Zielen untergeordnet wird. Deswegen ist es wichtig, dass sich der EAD zu den Menschenrechten und zur weltweiten Bekämpfung von Armut und Hunger bekennt. Die UN-Millenniumsziele sind entscheidend für die Arbeit dieses Dienstes.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben gestern im Ausschuss zugegeben, dass manche der Forderungen in unserem und Ihrem Antrag deckungsgleich sind. Folgerichtig kann ich nicht behaupten, dass Ihr Antrag kompletter Nonsens wäre. Zumindes in den deckungsgleichen Bereichen finden sich positive Ansätze.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Seien Sie doch froh!)

Dennoch muss ich – Hand aufs Herz – zugeben: Auch wenn nicht alles in Ihrem Antrag schlecht ist, so ist unserer doch deutlich besser. Sie hätten sich die Arbeit sparen und einfach unserem Antrag zustimmen können.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Nein, das geht nicht! Wir sind verantwortungsvolle Politiker! Wir arbeiten selbst!)

Dann hätten Sie sich wirklich für einen wertebundenen EAD ausgesprochen. So müssen wir hier wohl auseinanderlaufen.

Unabhängig vom „Esprit de Corps“, den Sie, Herr Kiesewetter, angesprochen haben, ist es wichtig, dass sich der EAD auf die Ziele und Werte der Europäischen Union bezieht und wir diese auch im aktuellen Verfahren nicht aus den Augen verlieren. Bei allen Grabenkämpfen um Posten, die von manchen in Brüssel geführt werden, ist es wichtig, dass wir die Arbeit des EAD in Zukunft konstruktiv begleiten. Ein Beitrag dazu wäre, dass die Bundesregierung uns jährlich einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des EAD aus ihrer Sicht vorlegt; dann könnte der Bundestag weiterhin seine Rolle spielen.

Ich bedanke mich für diese schöne Debatte. Es war eine Freude, noch um diese Zeit mit Ihnen allen zusammen sein zu dürfen. Gute Nacht! (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich dem Kollegen Thomas Silberhorn von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kaum eine Forderung ist in den letzten Jahren so häufig und so nachdrücklich erhoben worden wie die, dass wir außenpolitisch in der Europäischen Union mit einer Stimme sprechen müssen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das habe ich noch nie gefordert!)

Der Europäische Auswärtige Dienst kann das Instrument dazu werden. Er muss dazu natürlich leistungsfähig und effizient organisiert sein. Nach meiner Einschätzung wird er auf Dauer auch auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten angewiesen sein.

Dass dieser Europäische Auswärtige Dienst eine Einrichtung eigener Art wird, entspricht der Forderung in unserem Koalitionsvertrag. Es entspricht durchaus auch der Vertragslage; denn im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist durch den Vertrag von Lissabon nicht vorgesehen, dass eine weitere Kompetenzübertragung von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Union stattfinden soll. Die Kommission verfügt zwar über für die Außenbeziehungen relevante Kompetenzen im Bereich der Handels- und der Entwicklungspolitik. Die Verträge sehen aber nicht vor, dass der Europäische Auswärtige Dienst vollständig an die Stelle der nationalen Dienste treten soll. Deswegen ist es richtig, dass bei der institutionellen Verankerung des Europäischen Auswärtigen Dienstes Äquidistanz gegenüber dem Rat und der Kommission zum Tragen kommt. Das entspricht im Übrigen auch der Konzeption eines Doppelhuts für den Hohen Vertreter, der zugleich Vizepräsident der Kommission und Vertreter der Mitgliedstaaten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Dass ein solches Organisationsmodell parlamentarische Kontrolle nicht ausschließt, liegt auf der Hand. Insbesondere muss das Europäische Parlament die Haushaltskontrolle in vollem Umfang ausüben. Ich denke, da sind wir uns über alle Fraktionen hinweg einig. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dass der Europäische Auswärtige Dienst keine Doppelstrukturen schaffen darf, ist bereits mehrfach zu Recht angesprochen worden. In diesem Zusammenhang stellt sich eine Reihe von Zukunftsfragen. Ich denke schon, dass wir langfristig anstreben sollten, dass bei-

Thomas Silberhorn

- (A) spielsweise konsularische Aufgaben durch EU-Delegationen wahrgenommen werden. Es ist aber genauso notwendig, dass intern kein Nebeneinander von Weisungssträngen existiert und keine Loyalitätskonflikte entstehen.

Der Europäische Auswärtige Dienst muss angemessen an die Mitgliedstaaten angebunden bleiben. Deswegen ist es richtig, dass ein Drittel dieses Dienstes mit nationalen Beamten bestückt wird,

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bis wann?)

die den übrigen Bediensteten gleichgestellt werden. Um Ihren Zuruf aufzugreifen: Das soll möglichst schnell geschehen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kostet aber! Es soll doch kostenneutral sein, Herr Silberhorn!)

Ich bin der Meinung, dass der Europäische Auswärtige Dienst haushaltsneutral finanziert werden muss.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das widerspricht sich mit Ihrem vorigen Satz!)

Die Mittel können nicht „on top“ kommen; die Finanzierung muss sich vielmehr vollständig im Rahmen der geltenden finanziellen Vorausschau bewegen. Die laufenden Kosten müssen ausschließlich aus dem Haushalt der Europäischen Union gedeckt werden. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Europäischen Auswärtigen Dienst als Vorwand zu nehmen, um Finanzmittel der EU aufzustocken. Es ist eher umgekehrt: Wir haben schon vor dem Jahre 2007 die jetzt geltende Vorausschau so ausgestattet, dass der damalige Entwurf des Verfassungsvertrages bzw. der Vertrag von Lissabon in diese Maßnahme gewissermaßen eingepreist worden ist.

(B)

Dass Deutsch im Europäischen Auswärtigen Dienst eine wichtige Bedeutung hat, ist der CSU immer ein besonderes Anliegen gewesen. Es freut mich, dass ich dies aufgrund der Einlassungen meiner Kollegen aus der CDU und der FDP nicht mehr besonders apostrophieren muss.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Linke hat das auch immer betont, Herr Silberhorn!)

Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache in Europa. Dass wir als größter Nettozahler bei der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes finanziell den größten Anteil tragen, darf auch erwähnt werden. Deswegen ist es notwendig, dass Deutsch dem Englischen und dem Französischen weitestgehend gleichgestellt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es liegt noch vieles im Argen, wenn wir europaweit mit einer Stimme sprechen wollen. Hin und wieder gibt es Vielstimmigkeit und manchmal wohl auch einen Wettstreit um größtmögliche Sichtbarkeit unter den Mit-

gliedstaaten. Deswegen werden die Strukturen des Europäischen Auswärtigen Dienstes alleine nicht ausreichen. Es gehört der politische Wille der europäischen Mitgliedstaaten dazu, gemeinsame Interessen in der Welt auch gemeinsam wahrzunehmen. Dann kann Europa mit Stärke nach außen auftreten. Ich glaube, der Europäische Auswärtige Dienst ist dafür – wenn wir es richtig machen – ein geeignetes Mittel. Ich wünsche der Bundesregierung Erfolg bei den anstehenden Verhandlungen.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1981 mit dem Titel „Einen effizienten und schlagkräftigen Europäischen Auswärtigen Dienst schaffen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Den Europäischen Auswärtigen Dienst europäisch, handlungsfähig und modern gestalten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/2012, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1204 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

(D)

Zusatzpunkt 9. Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1976 mit dem Titel „Den Europäischen Auswärtigen Dienst entmilitarisieren“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei Zustimmung der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Es gibt noch eine größere Zahl von Tagesordnungspunkten, zu denen die Reden zu Protokoll genommen werden. Ich bitte Sie, mir noch Gesellschaft zu leisten, damit wir das ordentlich abwickeln können.

(Heiterkeit – Veronika Bellmann [CDU/CSU]:
Wir lassen Sie nicht allein, Herr Präsident!)